

Rede von Lukas von Buttlar, DieLinke.SDS NRW auf der Demo gegen das schwarz-gelbe Hochschulgesetz am 11. Juli 2019

Liebe Studis, liebe solidarische Menschen von Gewerkschaften und Bewegungen, geil, dass ihr alle hier seid, um ein starkes Zeichen des Protests gegen die asoziale Hochschulpolitik der Landesregierung zu setzen! Nicht, dass der Rest ihrer Politik weniger asozial wäre, aber heute geht es um das Hochschulgesetz. Dieses Gesetz will schwarz-gelb heute Mittag verabschieden, ungeachtet des Protests, der von Studierenden, Gewerkschaften, der Friedensbewegung, der kritischen Wissenschaft und weiteren Akteuren dagegen vorgebracht wird. Der Protest ist dabei mehr als berechtigt. Viele hart erkämpfte Regulierungen zum Schutz von Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen sollen einfach wieder abgeschafft werden. Bald könnte es wieder Anwesenheitspflicht in allen Veranstaltungen geben. Zusätzlich sind Studienverlaufspläne vorgesehen, die praktisch verbieten, deutlich länger als Regelstudienzeit zu studieren. Wird das nicht eingehalten, kann man sogar exmatrikuliert werden. Studentische Mitbestimmung in Hochschulgremien soll weiter erschwert werden. Das ist schon mal scheiße für die Studierenden. Aber auch die Situation von Beschäftigten der Hochschulen wird flexibilisiert, unverbindlich gemacht, kurz: verschlechtert. So wird zum Beispiel der Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen einfach gestrichen. Die Vertretung für studentische Hilfskräfte wird ebenfalls freiwillig. Außerdem soll, für mich der Gipfel des Zynismus in diesem Gesetz, die Zivilklausel gestrichen werden, um Militärforschung an den NRW-Hochschulen wieder offiziell möglich zu machen. Begründet wird das mit der Freiheit der Wissenschaft. Tatsächlich sind die einzigen Profiteure die Rüstungskonzerne, aber nicht nur die deutschen, sondern auch zum Beispiel die amerikanischen oder türkischen. Na gut, vielleicht nicht die einzigen. Vielleicht profitieren auch die Parteien, die sich von der Rüstungsindustrie finanzieren lassen. Wer könnte das bloß sein?

Besonders die CDU fragt sich ja in letzter Zeit häufig, warum sie bei jungen Leuten so schlecht ankommt. Da versucht sie sich neue Kommunikationsstrategien auszudenken. Liebe CDU, das Problem ist nicht wie ihr kommuniziert, sondern dass ihr Politik gegen die Interessen der Jugend macht. Wir wollen keine allgemeine Anwesenheitspflicht. Wir wollen keine Verlaufspläne, die uns sagen wie schnell wir zu studieren haben. Wir wollen nicht, dass die Rechte von Studierenden und Lohnabhängigen immer weiter eingeschränkt werden. Wir wollen nicht, dass an unseren Hochschulen für Kriegszwecke geforscht wird. Wir wollen auch nicht, dass das Sozialticket gestrichen oder der Hambacher Forst abgeholzt wird, auch zwei Projekte dieser Landesregierung. Das alles will die übergroße Mehrheit der Jugend nicht, aber CDU und FDP tun es. Da kann Philipp Amthor so viele Videos machen wie er will,

solange ihr diese Politik nicht ändert, wird sich die Jugend anders orientieren, und das ist sehr gut so!

Aber das Hochschulgesetz ist nicht nur schlecht. Zumindest nicht für jeden. Wer genug Geld hat, um nicht nebenbei arbeiten zu müssen, und auch sonst keine Kinder, Angehörige oder gar Hobbies hat, die ihn von Studium und Karriere ablenken könnten, hat von dem neuen Gesetz nichts zu befürchten. Und wen interessieren schon die anderen? Die haben ja an der Uni eh nichts zu suchen. So werden die eigenen Kinder mit fetten Ministergehältern im Rücken von lästiger Konkurrenz befreit. Echt clever!

Das ist aber nicht der einzige Grund. Es gibt noch einen weiteren, wahrscheinlich noch wichtigeren, und der sollte uns Mut machen. Die Landesregierung versucht, uns von politischer Arbeit abzuhalten. Anwesenheitspflicht und Studienverlaufspläne sollen sicherstellen, dass wir außerhalb des Studiums nicht zu viel Zeit haben. Wir könnten ja auf dumme Gedanken kommen. Am Ende noch politisch aktiv werden, zum Beispiel gegen beschissene Hochschulgesetze der Landesregierung. Um uns davon abzuhalten, hat sich schwarz-gelb vor kurzem noch eine weitere Schweinerei ausgedacht. In Zukunft soll es möglich werden, Studierende wegen „störenden Verhaltens“ zu exmatrikulieren. Offiziell heißt es, damit wolle man gegen Stalker vorgehen. Allerdings ist im Gesetz auch die Rede von Verhalten, mit dem Lehrveranstaltungen gestört werden. Das könnte auf so ziemlich alles angewendet werden, auch auf jede Form von politischer Aktivität, die einem gerade nicht passt.

Warum sollte uns das jetzt Mut machen? Weil es eines zeigt: Die haben Angst vor uns! Die haben Angst davor, dass wir uns organisieren und gegen ihre Scheißpolitik vorgehen. Also lasst uns genau das tun! Das Gesetz wird heute ziemlich sicher durch den Landtag gehen. Aber, um es im Stile der Abschaffung der Zivilklausel zu sagen: Wir mögen in ein paar Stunden die Schlacht verloren haben, aber nicht den Krieg. Der beginnt erst. Lasst uns dafür sorgen, dass die Landesregierung in ein, zwei Jahren sagt: Scheiße, hätten wir das mal nicht gemacht. Hätten wir mal nicht dieses Potential wachgerüttelt, was in den Hochschulen geschlummert hat. Die Landesregierung hat den Weg freigemacht, aber die Hochschulen entscheiden alle selber, was sie davon umsetzen wollen. Der Kampf wird jetzt an den einzelnen Hochschulen fortgesetzt. Also, wo immer ihr herkommt, baut lokale Bündnisse auf! In Bochum gibt es schon eins, das auch maßgeblich für diese Demo verantwortlich ist. In Köln gibt es auch ein Bündnis, das sehr viel zur Zivilklausel gemacht hat. Und sowas muss jetzt an jeder Uni, an jeder Hochschule aufgebaut werden. Lasst uns Bündnisse schmieden, lasst uns Leute politisieren, lasst uns Aktionen machen und Erfahrungen austauschen. Lasst uns dafür sorgen, dass die Landesregierung dieses Gesetz bereut!

Und jetzt gehen wir rüber zum Club Deutscher Unternehmer, kurz: CDU.